

## Automation und Wirtschaftsmacht

Automation und industrielle Verwertung der Kernenergie bringen einen gesellschaftlichen Prozeß zur Reife, der mit dem Beginn der industriekapitalistischen Wirtschaft eingesetzt hat: den Prozeß der durch die technischwirtschaftliche Entwicklung bedingten Konzentration der gesellschaftlichen Produktionsmittel in großen Industriekonzernen und marktbeherrschenden Unternehmen. Dieser *ständige Konzentrationsprozeß*, der beispielsweise in der Bundesrepublik im Zeichen der Marktwirtschaft innerhalb weniger Jahre zur Wiederherstellung der alten wirtschaftlichen Besitz- und Machtverhältnisse geführt hat, erfährt durch Automation und Kernenergie eine wesentliche Beschleunigung.

Die industrielle Verwertung der Kernenergie zwingt zur Bildung sogenannter Industriegruppen für den Bau von Reaktoren, da es selbst großen Konzernen oder einzelnen Industriezweigen für sich nicht mehr möglich ist, die damit verbundenen technischen und finanziellen Probleme zu lösen. Außerdem beschleunigt die Verwendung der Kernenergie ihrerseits die Automatisierung der Produktion, da die Atomwirtschaft leistungsfähige Elektronengehirne, hochentwickelte Steuerungs- und Fernbedienungsanlagen und andere die Automatisierung der Industrie fördernde Anlagen benötigt. Durch die Verwendung radioaktiver Isotope für Kontroll- und Steuerungsfunktionen ergibt sich sogar eine direkte Möglichkeit der Anwendung von Produktion der Kernenergie für die Automatisierung vieler Produktionsverfahren.

Die mit dem Stichwort „Automation“ bezeichnete Technisierung durch Einführung vollautomatischer Produktionsanlagen, elektronische Apparaturen und Kernenergie spielen eine entscheidende Rolle in dem *Entwicklungs- und Umschichtungsprozeß*, der heute unsere ganze Gesellschaft umfaßt.

Um diese Entwicklung zu unterstreichen, seien nur ein paar bekannte Beispiele für die praktischen wirtschaftlichen Auswirkungen der Automation angeführt:

Eine Fabrik in Cleveland, die täglich 1000 Radioempfänger herstellt, beschäftigte 1955 halbautomatisiert 200 Arbeiter, heute vollautomatisiert nur noch — vier Ingenieure.

Eine Fabrik der Elektrobranche in England beschäftigte 1953 noch 3000 Mann, 1954 halbautomatisiert noch 1800, 1956 ganzautomatisiert nur noch 23 Automatenpezialisten.

Die Motorenfabrik der Ford Motor Co. in Cleveland gibt eine 25- bis 30prozentige Einsparung an Arbeitskräften durch die Automation zu. In einer 450 Meter langen, vollständig automatisierten Anlage wird der rohgegossene Motorblock bearbeitet, gehobelt, mit Nuten und Bohrlöchern versehen. Wenn der Block nach etwa 500 Arbeitsphasen, deren jede einzelne von Maschinen automatisch kontrolliert wird, den letzten Schliff erhält, ist in 15 Minuten eine Arbeit geleistet, die früher neun Arbeitsstunden erforderte.

In den Erdölraffinerien, die die Automation in steigendem Maße anwenden, stieg der Umsatz seit 1950 um 22 vH, während die Zahl der Beschäftigten um 10 000 auf 137 000 sank.

Die Automation hat bekanntlich in den USA ihren Ausgang genommen und bisher in der hochentwickelten amerikanischen Wirtschaft eine größere Verbreitung gefunden als in Europa. Doch besteht nicht der geringste Zweifel daran, daß sie auch bei uns in den nächsten Jahren schnelle Fortschritte machen wird. Nachdem auch in Deutschland die ersten praktischen Erfahrungen vorliegen, dürfte das Tempo, in dem sich die Automatisierung vollzieht, erheblich zunehmen. Die friedliche Verwendung der Atomenergie wird sich als weiterer Beschleunigungsfaktor in diesem Prozeß auswirken.

Angesichts dieser Fortschritte der Automation in den entwickeltsten Industrieländern ist es von größter Bedeutung, ihre Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaftsstruktur und auf die Entwicklung wirtschaftlicher Machtverhältnisse im Auge zu behalten. Wenn es auch wahr ist, daß die Automation in dieser Hinsicht keine völlig neuen Tendenzen schafft, so bringt doch die durch sie herbeigeführte Stärkung und Beschleunigung bereits

vorhandener Tendenzen *politische Gefahren* mit sich, deren sich vor allem die Arbeitnehmer bewußt werden müssen.

Denn die Automation, ihre Einführung im Rahmen der gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaftsstruktur, bedeutet über die verstärkte technische und Kapitalkonzentration hinaus verstärkte Konzentration von Wirtschaftsmacht in den Händen einzelner oder kleiner Interessengruppen. Mit der künftigen Rolle automatisierter Riesenbetriebe muß, so wie die Dinge heute liegen, auch der Einfluß derer wachsen, die gegenwärtig über die entscheidenden Produktionsmittel verfügen können.

Wir wissen — und haben es gerade durch die Erfahrungen der deutschen Geschichte tausendfach bestätigt gefunden —, daß die Eigentümer und Manager der großen Konzerne und Industrieunternehmen die ihnen zufallende Macht keineswegs im Interesse der Allgemeinheit benutzen, auch wenn sie immer wieder propagandistisch versuchen, ihr eigenes Interesse mit dem der Allgemeinheit gleichzusetzen.

Wer kann z. B. mit gutem Gewissen behaupten, daß die Steuer-, Finanz-, Zoll- und Preispolitik der Bundesregierung, die gerade von den Interessen dieser Wirtschaftskreise stärkstens beeinflußt ist, eine Politik im Interesse der Allgemeinheit schlechthin, vor allem der arbeitenden Menschen, gewesen sei?

Eins ist jedenfalls klar: Die Automation fördert den Zug zum Groß- und Mammutunternehmen und damit in der kapitalistischen Wirtschaft *die Machtzusammenballung in den Händen weniger*. Industriekonzerne, der marktbeherrschende Großbetrieb mit seinen unmittelbaren und mittelbaren Einflußmöglichkeiten in Kommunen, Ländern und auf Bundesebene, stellen eine gewaltige Erweiterung des Machtbereichs ihrer Eigentümer dar.

Die Gewerkschaften haben schon längst davor gewarnt, einer weiteren Konzentration wirtschaftlicher Macht in den Händen weniger Unternehmer und Manager untätig zuzusehen oder ihr noch Vorschub zu leisten. Sie weisen auf das Beispiel der Weltwirtschaftskrise von 1929 hin und auf die katastrophalen politischen Folgen, die eine einseitige wirtschaftliche Machtausübung damals für Deutschland und die ganze Welt gezeitigt hat.

Die wiedererstandene deutsche Gewerkschaftsbewegung hat die Notwendigkeit, eine solche Entwicklung von vornherein zu unterbinden, frühzeitig erkannt. Sie hat sich deshalb nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Diktatur nicht nur für die politische, sondern auch für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Neuordnung eingesetzt. Sie wußte sich in diesem Bestreben mit einer Mehrheit der Bevölkerung und mit der übergroßen Mehrheit der deutschen Arbeitnehmer einig. Den Beweis dafür hat nicht zuletzt jenes Ahlener Programm der CDU von 1947 geliefert, das inzwischen von seinen Vätern verleugnet worden ist. Nicht verleugnen läßt sich jedoch der auf eine Änderung der gesellschaftlichen Struktur gerichtete allgemeine Wille, der darin zum Ausdruck kam und damals der CDU ein solches Programm diktierte.

Aus diesen Erkenntnissen heraus hat seinerzeit das Münchener Grundsatzprogramm des DGB von 1949 die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, der Banken und Versicherungen gefordert sowie die betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer in allen Zweigen der Wirtschaft und Verwaltung. Das Ziel war die Verwirklichung einer demokratischen, nach den Bedürfnissen der Allgemeinheit ausgerichteten *Gemeinwirtschaft* als der sicheren sozialen Grundlage der politischen Demokratie.

Dieses Programm gilt heute nach wie vor. Es gilt erst recht im Hinblick auf die Wetterwolken, die nunmehr am Horizont der kapitalistischen Wirtschaft aufsteigen, und im Hinblick auf die Einführung der Automation mit ihren Folgen.

Die Gewerkschaften haben den technischen Fortschritt jederzeit bejaht. Doch er muß zum Nutzen aller fruchtbar gemacht werden. Er muß der Erhaltung des Friedens, der Hebung des allgemeinen Wohlstandes und der sozialen Sicherung aller dienen. Er darf nicht erneut jene verhängnisvollen wirtschaftlichen und politischen Folgen zeitigen, welche sich aus der technischen Entwicklung auf der Grundlage undemokratischer unkontrol-

lierter Machtzusammenballungen in Wirtschaft und Gesellschaft ergeben. Nicht der Unternehmer, nicht der Manager allein darf über Umfang und Ziel der Produktion, über Kapitalanlage, Preise, Absatz und Betriebsorganisation entscheiden. Die Wirtschaftsmacht muß einer *umfassenden demokratischen Kontrolle* unterworfen, sie muß im Interesse aller gelenkt und eingesetzt werden.

Nur wenn die Einführung der Automation nicht lediglich durch das private Gewinninteresse bestimmt wird, lassen sich Elend, Not und Arbeitslosigkeit vermeiden, wird die „zweite industrielle Revolution“ den Arbeitnehmern nicht die gleichen Opfer auferlegen wie die erste.

Aus diesem Grunde muß die betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung ausgebaut und in vollem Umfang verwirklicht werden. Gerade auch die Ereignisse des Frühjahrs 1956 in den Standard-Werken von Coventry, als durch Einführung der Automation ein Viertel der Belegschaft arbeitslos zu werden drohte, haben gezeigt, wie wichtig es ist, die Automatisierung der Produktion nicht nur von technischen und finanziellen Erwägungen abhängig zu machen, sondern vor allem auch ihre sozialen Auswirkungen auf die Arbeitnehmer zu berücksichtigen. Das kann aber nur dann geschehen, wenn die Betriebsvertretungen der Arbeitnehmer und die Gewerkschaften rechtzeitig unterrichtet und an allen im Zusammenhang damit stehenden Entscheidungen beteiligt werden, wenn sie also *ein volles wirtschaftliches Mitbestimmungsrecht* haben.

Im Sinne dieser Erkenntnisse und Notwendigkeiten haben die im DGB vereinigten Gewerkschaften auf der Essener Tagung vom Januar dieses Jahres, die sich erstmals in umfassender Weise mit dem Thema: „Automation — Gewinn oder Gefahr“ befaßte, die nachfolgende EntschlieÙung angenommen. Wir glauben nicht, daß das Thema damit bereits völlig erschöpft ist und alle Fragen beantwortet sind. Dazu ist die Entwicklung noch zu jung, stehen wir noch zu sehr am Anfang eines gesellschaftlichen Prozesses, der gewaltige Perspektiven eröffnet. Aber diese Perspektiven, die Probleme, die sie vor allem den arbeitenden Menschen stellen, müssen deutlich gesehen und im Geiste des sozialen Fortschritts beantwortet werden. Darauf kommt es an, und in diesem Sinne dürfen wir die Essener EntschlieÙung als einen ersten begrüßenswerten Schritt der deutschen Gewerkschaftsbewegung, als eine erste gültige Antwort der deutschen Arbeitnehmerschaft auf die Fragen betrachten, vor die uns die Automation unausweichlich stellt.

*EntschlieÙung der Arbeitstagung des DGB zur Automation am 23. und 24. Januar 1958 in Essen*

„Automation und Kernenergie, neue Werkstoffe und andere Erfindungen werden in naher Zukunft zu umwälzenden Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft führen. Als wesentliches Element der neuen Entwicklung wächst in der Wirtschaft aller Länder — und in zunehmendem Maße auch in der Bundesrepublik — die Mechanisierung und Automatisierung der Produktionsstätten, der Büro- und Verwaltungsbetriebe.

Der DGB und die in ihm zusammengeschlossenen Gewerkschaften bejahen den technischen Fortschritt, weil von ihm die Erhaltung und Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung abhängt. Sie warnen aber gleichzeitig vor den möglichen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Folgen, die für die Allgemeinheit, besonders für die von der Automation direkt und indirekt betroffenen Arbeiter, Angestellten und Beamten aus einer unkontrollierten Entwicklung entstehen können. Die sich daraus ergebenden Gefahren sind u. a.:

Technologische Arbeitslosigkeit; Sinken der Massenkaukraft; Entwertung der bisherigen Berufsqualifikationen und Verlust der erworbenen Rechte; wachsende Konzentration der Unternehmen, verbunden mit steigender Monopolisierung der Märkte und einer Machtzusammenballung in den Händen weniger.

Die Gewerkschaften haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Früchte der Automation allen Menschen zugute kommen.

Darum fordern die Gewerkschaften, in Übereinstimmung mit dem Aktionsprogramm und dem Münchener Grundsatzprogramm des DGB, vor allem:

A) Volle Mitbestimmung der Arbeiter, Angestellten, Beamten und ihrer gewerkschaftlichen Vertretung bei der Planung und Durchführung aller Automationsvorhaben;

Anpassung technischer Anlagen an den Menschen und die Beschränkung der Belastungen der Arbeitnehmer auf ein für die Dauer erträgliches Maß;

Sicherung des bisherigen Verdienstes bei durch Automatisierung bedingten Umsetzungen im Betrieb;

kostenlose Umschulung überzählig werdender Arbeitnehmer für neue Arbeitsplätze in demselben Betrieb oder in anderen Betrieben unter Fortzahlung des bisherigen Lohnes oder Gehaltes und Erstattung der durch Ortsveränderungen entstehenden Unkosten;

Zahlung eines Übergangsgeldes oder einer Entschädigung bei Entlassungen;

B) weitere Verkürzung der Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich sowie Verlängerung der bezahlten Arbeitspausen und des Urlaubs;

Lohn- und Gehaltserhöhungen zur Stärkung der Massenkaufkraft und zur Erhöhung des Anteils der Arbeitnehmer am Sozialprodukt;

Überprüfung der Methoden zur Bewertung der Arbeit und der Leistung;

Anpassung der tarifvertraglichen Bestimmungen an die Auswirkung der technischen Entwicklungen;

C) Verbesserung und Erweiterung der Grundbildung aller Jugendlichen durch Einführung des neunten und zehnten Schuljahres;

Bereitstellung ausreichender Mittel für den Bau von Schulen und die Lehrerbildung;

Modernisierung der Lehrpläne und der Lehrmethoden sowie der Lehrerbildung;

Beseitigung der immer noch bestehenden Bildungsprivilegien;

Gewährung von Schulgeld- und Lernmittelfreiheit sowie ausreichenden Stipendien für alle Begabten;

Ausbau des ‚zweiten Bildungsweges‘:

stärkere Förderung der Berufs-, Fach- und Ingenieurschulen, der technischen Hochschulen und der Universitäten, entsprechend den gesteigerten Anforderungen der technischen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung;

D) aktive und zielbewußte Politik der Vollbeschäftigung und des wirtschaftlichen Wachstums. Dazu gehören konjunkturbewußte Gestaltung der öffentlichen Haushalts-, Finanz- und Steuerpolitik, der Ausbau der Wirtschaftsstatistik zu einer umfassenden volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, Koordinierung und Lenkung der Investitionen nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten als entscheidende Voraussetzungen, um die Vorteile der Automation allen zu sichern.

Erleichterung des Arbeitsplatzwechsels durch: Förderung des sozialen Wohnungsbaues mit tragbaren Mieten; Schaffung günstiger Verkehrsbedingungen für die Arbeitnehmer; öffentliche Einrichtungen für die berufliche Umschulung.

Die Automation verstärkt die Stellung marktbeherrschender Unternehmen und damit die Tendenz zur wirtschaftlichen Konzentration. Sie schafft vermehrte Gefahren des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht. Die Gewerkschaften fordern deshalb erneut, daß solche Unternehmen und Zusammenschlüsse unter voller Mitbestimmung der Arbeitnehmer einer umfassenden demokratischen Kontrolle unterworfen werden.

Sie fordern darüber hinaus die volle Mitbestimmung der Arbeiter, Angestellten und Beamten in der Wirtschaft und Verwaltung.

Die Automation stellt die Gewerkschaften vor große Aufgaben. Sie werden mit Mut und Energie die Schwierigkeiten überwinden, die sich der Verwirklichung ihrer Forderungen entgegenstellen. Sie sind entschlossen, alles zu tun, damit die Automation nicht Not und Entbehrung, sondern Wohlstand und gesellschaftlichen Fortschritt für alle bringt.“